

Oranienburg, den 11.10.2015

Tätigkeitsbericht des KER 2013-2015

Wie auch in den vergangenen Wahlperioden möchten wir an dieser Stelle die Aktivitäten des Gremiums und des Vorstandes zusammenfassen und insbesondere für unsere neu hinzugekommenen Mitglieder aus unserer Arbeit berichten.

In der abgelaufenen Wahlperiode führte der KER Oberhavel 12 Veranstaltungen durch. Dabei auch erstmals eine gemeinsame Sitzung mit dem Kreislehrerrat.

Am 16. Oktober fanden die erste Beratung und damit traditionell der Wahlmarathon statt. Für den Vorstand wurden Hardy Kastius als Sprecher, Dana Bosse und Jens Kopprasch als Stellvertreter bestätigt. In Nachfolge von Torsten Schulz wurde Jan Alexy, Vertreter der Ahorn-Grundschule Bergfelde ebenfalls zum stellvertretenden Sprecher gewählt.

Jens Kopprasch, der zusammen mit 15 weiteren engagierten Eltern von uns in den Kreisschulbeirat entsandt wurde, übernahm dort die Aufgabe des Vorsitzenden und vertrat uns damit auch im Kreisbildungsausschuss und im Nahverkehrsbeirat des Landkreises.

Im Landeselternrat wurden wir durch Gesine Fischer-Duschek, Stefan Teltzrow, Jan Alexy und Sandra Farmand vertreten. Jan Alexy übernahm darüber hinaus einen Sitz im Landesschulbeirat.

Wir möchten allen für ihr bisheriges Engagement und die gute Zusammenarbeit danken. Besonderer Dank geht auch an Vera Meyer und Annemarie Lichtwer, die den KER im Kreisjugendhilfeausschuss vertreten haben.

Nicht vergessen möchten wir Frau Böhn, die als Fachdienstleiterin Schulen der Kreisverwaltung den Kontakt zu uns hielt und in vielen Fragen Rede und Antwort stand sowie unsere „Geschäftsstelle“ Herrn Jordan, der für den KER Räume organisierte und die Post erledigte.

Herzlichen Dank auch an Herrn Falk und Herrn Schmidt vom Staatlichen Schulamt bzw. Landesschulamt für Ihre offene, konstruktive und kooperative Zusammenarbeit, auf deren Fortsetzung wir hoffen.

In der verbleibenden Zeit der ersten Beratung wurde über den Arbeitsplan des KER beraten. Oberster Punkt auf der Liste war, leider nach wie vor, das Thema Unterrichtsausfall/Vertretungsqualität/Lehrerausstattung.

Nach langer Vorbereitung und hartnäckiger Überzeugungsarbeit startete die Wahlperiode dann im November gleich mit einem Highlight:

Mit den Worten „Dies ist ein historischer Augenblick“ eröffnete der ehemalige Schulleiter Hansjörg Behrendt am Abend des 13.11.2013 die erste gemeinsame Sitzung von Kreislehrerrat und Kreiselternrat in Oberhavel im bis auf den letzten Platz gefüllten Kreistagssaal.

Unter dem Motto „Wie machen wir unsere Schule fit für die Zukunft?“ hatten KER und KLR zu dieser Veranstaltung geladen.

Eine von allen Beteiligten als sehr gelungen eingeschätzte Sache, die leider bislang nicht in die Verlängerung ging.

Vorstand:

Hardy Kastius (Vorsitz)
Jens Kopprasch
Dana Bosse
Torsten Schulz

Tel.Nr.:03302/222764
Tel.Nr.:03303/500367
Tel.Nr.:033056/96756
Tel.Nr.:03304-503577

hardy.kastius@web.de
jens@kopprasch.de
tasso@bossmail.de
schulle.de@gmx.de

Ausdauernd, wie wir aber sind, wollen wir sowohl das Motto als auch die Idee gemeinsamer Veranstaltungen weitertragen. Davon aber später mehr.

Anfang Januar 2014 mussten wir in einer Nachwahl unsere Vertreter im Landeselternrat neu aufstellen, da durch verwaltungsrechtliche Fragen der Sitz von Jan Alexy im Landesschulbeirat bedroht war. Dies konnten wir trotz der Kurzfristigkeit sauber abhandeln. An dieser Stelle noch einmal Dank an alle, die so auf die Schnelle für Beschlussfähigkeit gesorgt haben.

In allen Beratungen berichteten unsere Mitglieder über die aktuellen Aktivitäten und Probleme an ihren Schulen. Die angesprochenen Themen und Fragen wurden, soweit sie nicht sofort beantwortet wurden, von uns an die zuständigen Stellen, z.B. das Schulamt oder den Landkreis weitergeleitet. Die Vertreter vom KSB und LER berichteten regelmäßig über die Aktivitäten in ihrer Gremien. Oft lösten die angesprochenen Themen hier intensive Diskussionen aus und mündeten in Stellungnahmen unseres Gremiums an die Schulträger, das Schulamt bzw. direkt an das Bildungsministerium, aber auch an unsere Abgeordneten im Kreis- und Landesparlament. Einen dieser Fälle möchte ich hier noch einmal hervorheben

Seit Ende November 2013 wurde zwischen einer Schule und dem Schulträger ein politisch brisanter Streit geführt. Der Landrat des Kreises beabsichtigte, im Eilverfahren unter missbräuchlichem Verweis auf den laufenden Inklusionsprozess und mit nicht belastbaren Haushaltszahlen, das Wohnheim für behinderte Kinder und Jugendliche an der Regine-Hildebrandt-Schule in Birkenwerder zu schließen. Parallel zu Schulkonferenz, Elterninitiativen und Bildungsexperten nahm unser Kreiselternrat zu den inakzeptablen Vorgängen Stellung. Der Vorstand führte direkte Gespräche mit dem zuständigen Fachdienstleiter der Kreisverwaltung. Obwohl selbst im Ministerium Zweifel an der Rechtmäßigkeit des Vorhabens geäußert wurde und alle sich einig waren, dass das Wohnheim überregionale Bedeutung für die Bildungschancen von behinderten Kindern hat, konnten weder Denkschriften von Bildungsexperten noch Online-Petitionen die Entscheidung der Kreistagsabgeordneten beeinflussen. Im Nachgang dieser Entscheidung reduzierte sich die Bewohnerzahl des Wohnheims in den letzten beiden Jahren deutlich. Diesen Leerstand konnte er Landkreis nun im positiven Sinne durch die Umwidmung in Flüchtlingsunterkünfte ausgleichen.

Im Zusammenhang mit unseren Aktivitäten gab es auch ein organisatorisches Problem. Im Verlauf dieser Vorgänge sah sich der Vorstand auf Grund des Termindrucks gezwungen, eine Stellungnahme ohne Beratung mit dem Gremium zu veröffentlichen. Da dies weder durch unseren gesetzlichen Rahmen noch durch unsere Geschäftsordnung ausdrücklich gedeckt ist, der Vorstand aber auch für die Zukunft die Notwendigkeit einer schnellen Reaktion sah, wurde in der reguläre Januar-Sitzung eine Änderung der Geschäftsordnung vorgeschlagen. Nach durchaus kontroverser Debatte wurde die Geschäftsordnung dahin gehend geändert, dass der Vorstand in nicht aufschiebbaren Situationen Stellungnahmen im mutmaßlichen Interesse des KER abgeben darf, die nicht vorher abgestimmt sind. Eine Unterrichtung des KER über solche Vorgänge muss spätestens in der nächsten Sitzung unaufgefordert erfolgen. Bisher kam diese Option allerdings nicht wieder zur Anwendung.

Traditionell stellte der Vorstand des KER in der Januar-Sitzung die Vertretungs- und Ausfallstatistik des letzten abgelaufenen Schuljahres für den Landkreis Oberhavel vor. Wie nicht anders zu erwarten bestätigte die Statistik einerseits die langfristigen Vorhersagen des KER und andererseits die nach wie vor absolut unbefriedigende Situation bei Vermeidung von Ausfall und sachgerechter Vertretung.

Nicht aus den Augen verlieren wollten wir auch die zukünftige Herausforderung für unser Bildungssystem in Form des demographischen Wandels, der auch unseren Landkreis tangieren wird. Deshalb baten wir den Bildungsdezernenten Ludger Weskamp, der auch in der Demographiekommission des Landes tätig ist, um einen Vortrag. Dieser fand in unserer März Sitzung 2013 statt.

Zur gleichen Zeit begann im KER bereits die Diskussion um die Beschulung und Integration von Flüchtlingskindern, damals initiiert durch den Plan Flüchtlingsfamilien in der Lehnitzer Kaserne unterzubringen. Eines der Hauptprobleme wurde in der aus allen Nähten platzenden Grundschule Lehnitz gesehen, die schon für die Lehnitzer Grundschüler nicht genügend Platz bietet. Hier wurde insbesondere die Haltung der Stadt Oranienburg gerügt, die seit einiger Zeit über das Problem informiert ist, sich aber nicht zur Erweiterung der Schule durchringen kann und die Kinder stattdessen über die Schulbezirke von Oranienburg verteilen wollte.

In der Sitzung vom Mai 2014 wurde ausführlich das Thema Ü7-Verfahren behandelt. Dabei wurde über den Ablauf des Verfahrens und die möglichen Bildungswege informiert als auch die aktuelle Situation in unserem Landkreis erläutert. Speziell wurde das Phänomen beleuchtet, dass erstmals seit vielen Jahren die Anmeldung an Oberschulen zu Lasten der Gymnasiums-Anmeldungen signifikant anstieg, eine Entwicklung, die sich ein Jahr später nicht fortsetzte. Insgesamt wurde hier wieder die Kritik an den nicht durchgängigen Bildungsbiographien und den Brüchen beim Übergang nach Klasse 7 und Klasse 11 deutlich. Das Ü7-Verfahren führte auch regelmäßig zu Problemen bei der Einrichtung von Klassen an den weiterführenden Schulen, die durch Mängel in der Zusammenarbeit von Schulamt und Schulträger verursacht wurden und deshalb von unserem Gremium thematisiert und offen kritisiert wurden.

Im Juni 2014 nahmen wir das Thema der neuen Rahmenlehrpläne auf die Tagesordnung, die ja eigentlich schon in diesem Sommer wirksam werden sollten. Mit einem Vortrag aus dem LISUM informierten wir über die Intentionen der neuen Rahmenlehrpläne und diskutierten über Chancen und Probleme. Insbesondere der Zeitplan für die Einführung gab massiven Grund zur Besorgnis. Hier droht wieder einmal ein gutes Konzept durch übereilte, nicht ausreichend vorbereitete und ungenügend ausgestattete Umsetzung zu scheitern.

Da uns dieses Thema sehr wichtig erschien, beschlossen wir im KER, uns mit einer Stellungnahme an der öffentlichen Diskussion zu beteiligen.

Das Meinungsbild unserer Mitglieder war durchaus sehr unterschiedlich. Wir konnten uns aber letztendlich auf einen zustimmenden Grundkonsens einigen, den wir aber mit kritischen Fragen untermauerten. Stellungnahme und Fragen wurden dem Bildungsministerium sowie den bildungspolitischen Sprechern der Parteien und natürlich auch dem LER übermittelt.

Unsere Eingangsdiskussion zum Thema Rahmenlehrpläne hatte viele Fragen aufgeworfen, so dass wir im September gleich mit einem Expertenvortrag von Frau Dr. Jänichen-Köpp, Englischlehrerin und Fachberaterin, fortsetzten. Die Referentin arbeitete an Hand ihrer praktischen Erfahrungen die Probleme und offenen Punkte des Vorhabens deutlich heraus. Zusammenfassend ist der Ansatz der neuen RLP durchaus zu begrüßen, der Teufel liegt aber, wie bei vielen Dingen, im Detail. Hier ist es notwendig, den Prozess zeitnah und kritisch zu verfolgen. Auf jeden Fall wird wohl viel mehr Zeit notwendig sein, um hier langfristig erfolgreich zu sein.

Herr Falk vom Staatlichen Schulamt informierte kurz vor dem Stichtag über die Umstrukturierung der Behörde zum Landesamt für Schule und Lehrerbildung. Die für uns zuständige Regionalstelle hat ihren Sitz in Neuruppin und ist für die Landkreise OHV, OPR, HVL und PR zuständig. Eine Personalreduzierung sei zwar nicht angestrebt, ist aber trotzdem zu beobachten. Wie genau alles am Ende funktionieren wird, war zu diesem Zeitpunkt noch nicht zu erkennen. Auch die Arbeitsaufteilung und Verantwortlichkeiten waren lange Zeit unklar.

Heute wissen wir mehr: die Zentralisierung im Landesschulamt wird durch den neuen Minister zum großen Teil rückabgewickelt, es bleibt aber bei vier Schulämtern. Insgesamt bedenklich erschien uns der mit der Amtsübernahme von Minister Baaske deutliche gewordene Trend zur Ausbremsung oder sogar Rückbau von laufenden Veränderungen im Bildungswesen. Auffällig war hier besonders die aufkommende Stille zum Thema Inklusion. Deshalb plante der Vorstand langfristig eine Einladung für Minister Baaske nach Oranienburg.

Im Januar 2015, wie sollte es anders sein, gab es dann wieder die Auswertung des Unterrichtsausfalls des Schuljahres 2013/14. Auch hier – leider- keine großen Überraschungen. Allerdings scheint das Instrument des Vertretungsbudgets für einige Schulen durchaus ein probates Mittel zum Vertretungsmanagement zu sein. Andere Schulen wiederum, gerade in der Peripherie, können davon leider nicht adäquat profitieren. In Folge der Umstrukturierung des LSA änderten sich auch die personellen Zuständigkeiten. Ab sofort wird der Schulrat Herr Schmidt den Kontakt zum KER halten.

Auch in dieser Sitzung wurde wieder intensiv über den neuen RLP und seine Auswirkungen auf das Brandenburger Schulsystem diskutiert. Da es offensichtlich zu diesem Thema viele Fragen gab, die sich innerhalb des Gremiums nicht beantworten ließen, entschieden wir uns, für die Sitzung im März zwei Bildungspolitiker aus dem Landtag einzuladen. Frau Gerrit Große (Linke) und Herr Thomas Günther (SPD) folgten der Einladung. Wir griffen hier das Thema aus 2013 auf und fragten „Wohin führt Brandenburgs Bildung in der Zukunft?“ Neben den Fragen zu den RLP wurde auch Kritik an der GOSTV laut. Insgesamt wurde eine Entschleunigung der Inklusion festgestellt, die nach Aussagen der Politiker zu einer behutsameren und durchdachteren Umsetzung führen sollen.

Die Aussagen der Politiker waren für uns aufschlussreich und wir hatten den Eindruck, dass wir unserer Positionen aus dem KER, also quasi von der Basis, erfolgreich nach Potsdam transportieren konnten.

Im Ergebnis der sehr interessanten Diskussion vertiefte sich die Idee, zu den brennenden Fragen direkt den Herrn Minister in den KER einzuladen. Im Frühjahr 2015 gab es dazu auch zustimmende Signale aus Potsdam.

Parallel dazu beschäftigte sich der Kreisschulbeirat mit der grundsätzlichen Perspektive von Bildung in unserer aktuellen gesellschaftlichen Situation. Um diese Diskussion qualifiziert zu führen, lud der KSB den Staatssekretär Dr. Drescher nach Oranienburg ein. Auch hier wurde überraschend Zustimmung signalisiert. Eine interessante Konstellation, wie sich noch zeigen sollte. Inzwischen hat der Minister festgestellt, das er in diesem Jahr doch keinen Termin für Oranienburg mehr frei hat und schickt dafür in Vertretung seinen Staatssekretär Dr. Drescher. Der möchte aber nicht zu zwei Veranstaltungen und dhat uns um eine Zusammenlegung gebeten. Deshalb werden wir am 19.11.2015 ein Veranstaltung gemeinsam mit Kreisschulbeirat, Kreislehrerrat und Kreisschülerrat im Runge-Gymnasium durchführen.

Immer wieder war natürlich auch die Beschulungssituation der Flüchtlingskinder im schulpflichtigen Alter Gegenstand unserer Diskussionen. Die vom Landkreis angewandten Praktiken scheinen dabei der Brandenburgischen Eingliederungsrichtlinie zu widersprechen.

In der letzten Sitzung des KER vor den Sommerferien 2015 gab es noch einmal eine breite Palette von Themen. Neben Grundsätzen der Leistungsbewertung wurde intensiv die Schulsozialarbeit an Grundschulen erörtert.

Als Abschluss der Diskussion um den Rahmenlehrplan formulierte und beschloss der KER die Stellungnahme und die Anfrage an das MBJS.

Auch wurde die Problematik der Sauberkeit und Hygiene an Schulen thematisiert. Detailliert wird darüber aber erst in der neuen Wahlperiode beraten.

Der Vorstand hielt regelmäßig Kontakt zu verschiedensten Einrichtungen, die sich mit dem Thema Bildung befassen. So wurde z.B. Kontakt mit dem Sachgebietsleiter für Gemeinwesen, Jugend und Sport der Stadt Oranienburg aufgenommen, der eine Zusammenarbeit mit unserem Gremium vorschlägt.

Einen Erfolg unserer Arbeit möchte ich hier nicht vorenthalten.

Im Nachgang der von unseren Mitgliedern, federführend von Herrn Böhm, im KSB vehement geführten Diskussion über die Sicherheit in der Schülerbeförderung kann mittlerweile

konstatiert werden, das die OVG seit 2014 alle Überlandbusse mit Sicherheitsgurten auf allen Plätzen ausrüsten lässt.

Für die neue Wahlperiode wünschen wir den Mitgliedern des KER sowie den gewählten Vertretern in den weiteren Gremien viel Elan und Erfolg und erneuern auch die Einladung an alle stellvertretenden Mitglieder des KER, sich aktiv in die Arbeit einzubringen und an den Sitzungen teilzunehmen.

Hardy Kastius
Sprecher des KER